

Draht nach Berlin

Regionale Abgeordnete rühren die Trommel für Frühchen

Der Heilbronner SPD-Abgeordnete **Josip Juratovic** war im Oktober zu Besuch beim Gewerkschaftstag der IG Metall in Frankfurt. Dort ist mit Christiane Benner zum ersten Mal eine Frau zur Vorsitzenden der größten Einzelgewerkschaft der Welt gewählt worden. Bei der Transformation der Wirtschaft brauche es einen Schulterschluss von Arbeitgebern, Arbeitnehmern und Politik, forderte Juratovic. „Denn der Arbeiter versperrt sich nicht dem Wandel, er muss sich aber sicher sein, dass er auf dem Weg in die Zukunft nicht zum Verlierer wird.“

Außerdem empfing der 64-Jährige zum SPD-Landesparteitag in Heilbronn, wo René Repasi zum Spitzenkandidaten für die Wahl 2024 gewählt wurde. Es gelte, gegen Populisten anzukämpfen und deutlich zu machen, „dass wir nur in einem geeinigten und friedlichen Europa eine Zukunft haben“, so Juratovic.

Michael Link, FDP-Abgeordneter aus Heilbronn, hat für die Liberalen einen parteiübergreifenden Entschließungsantrag zu Israel verhandelt. Die Forderungen des Antrags: Alle deutschen Gelder für die Palästinensergebiete sollen auf den Prüfstand, islamistische Organisationen wie die Hamas und Samidou verboten werden, Sanktionen gegen den Iran beschlossen und Terror-Sympathisanten konsequent bestraft werden. Zuvor freute sich Link darüber, zum stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden der FDP für internationale Angelegenheiten gewählt worden zu sein.

Die Hohenloher Abgeordneten **Kevin Leiser** (SPD), **Harald Ebner** (Grüne) und **Valentin Abel** (FDP) haben sich gemeinsam für die künftige Versorgung von Frühchen bei Risikoschwangerschaften in Schwäbisch Hall eingesetzt. Das Problem: Der gemeinsame Bundes-



Josip Juratovic (SPD) beim IG-Metall-Gewerkschaftstag. Foto: privat

ausschuss hat beschlossen, die Mindestfallzahl für extrem kleine Frühchen (Level 1) zu erhöhen. Nach Stand der Wissenschaft seien deren Überlebenschancen bei höheren Fallzahlen besser. Das Diakoniekrankenhaus in Schwäbisch Hall



Michael Link (FDP) spricht im Bundestag. Foto: dpa

dürfte die kleinsten Frühgeborenen dann allerdings ab dem neuen Jahr nicht mehr behandeln. Eine Petition fordert, das Vorhaben zu stoppen. „Uns ist die Relevanz bewusst und wir versuchen, eine adäquate Lösung für unsere Region herbeizu-

führen“, schreiben die drei Abgeordneten. Ziel sei es, die Versorgung der Frühchen sowie bei Risikoschwangerschaften und Geburtsnotfällen zu sichern. Nach einem Votum des Bundestags liegt die Entscheidung nun beim Bundesgesundheitsministerium.

Der CDU-Abgeordnete **Fabian Gramling** (Wahlkreis Neckar-Zaber) meldet Bedenken zur Legalisierung von Cannabis an. „Die Legalisierung von Cannabis führt Jugendliche an die Droge heran.“ Das sei bedenklich, für Menschen unter 25 Jahre drohten gesundheitliche Probleme. „Die Regierung geht mit diesen Fakten zu leichtsinnig um.“ Gleichzeitig sei Cannabis für medizinische Anwendungen wie Therapien sinnvoll, so Gramling. Es sei nötig, mehr in Forschung, Prävention und die Sensibilisierung der Gesellschaft, besonders der Jungen, zu investieren. *Christoph Donauer*